



Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040
Telefax: 030 227-76411
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

www.strenz.de



Brief aus Berlin (13)

5. Juli 2018

Themen: Haushaltsabschlussberatung, Einigung in der Asylfrage

Liebe Leser,

mit der Abstimmung über den Haushalt und dem Umgang mit der Asylthematik bestimmten gleich zwei große bundespolitische Themen diese letzte Sitzungswoche in Berlin vor der sogenannten Sommerpause. Eine richtige vollumfängliche Sommerpause gibt es dabei für uns als Abgeordnete zwar nicht, denn in aller Regel gönnen wir uns nur einige kurze freie Urlaubstage mit unseren Familien, um den Rest der Zeit zu nutzen, um in den Wahlkreisen präsent zu sein und mit den Bürgern in Kontakt zu kommen. Darauf freue ich mich alljährlich immer ganz besonders, weil es mir eben nicht nur in Wahlkampfzeiten wichtig ist, vor Ort zu sein, sondern stets das Ohr an den Menschen zu haben, um für sie und ihre Sorgen und Nöte da zu sein. In der kommenden Woche werde ich beispielsweise mit meiner „Bundestagstour“ an fünf Tagen sechs Bundeswehrstandorte in ganz Mecklenburg-Vorpommern besuchen, um vor Ort in den Kasernen mit den Soldatinnen und Soldaten zu sprechen. Besonders vor oder nach ihren Auslandseinsätzen wissen sie es immer sehr zu schätzen, dass wir als Parlamentarier uns direkt vor Ort mit ihnen austauschen, denn schließlich sind wir es, die unsere Parlamentsarmee mit Mandaten ausstatten, damit sie weltweit für Sicherheit und Unterstützung sorgen. Ich

stehe fest an der Seite unserer Truppe und freue mich auf die kommende Woche in den Kasernen zwischen Hagenow und Torgelow. Ich werde im Nachgang gern über meine Tour und die Eindrücke, die ich dabei gewinnen konnte, berichten. Aber kommen wir zurück zu dieser Sitzungswoche, die mit dem heutigen Tag ihren Abschluss findet.



Mit dem Bundeshaushalt 2018 haben wir das vierte Jahr in Folge einen Haushaltsplan beschlossen, der ohne Neuverschuldung auskommt. Das muss man sich erst einmal in Ruhe auf der Zunge zergehen lassen! Auch in diesem Jahr werden wir mit dem Geld, das uns zur Verfügung steht, auskommen und wir können unsere Ausgaben in Höhe von 343,6 Mrd. Euro tatsächlich erneut ohne neue Schulden finanzieren. Gleichzeitig erhöhen wir unsere Investitionen im Vergleich zum Vorjahr sogar noch um rund 6 Mrd. Euro, wohlgemerkt alles, ohne neue



Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040
Telefax: 030 227-76411
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

www.strenz.de



Brief aus Berlin (13)

5. Juli 2018

Themen: Haushaltsabschlussberatung, Einigung in der Asylfrage

Schulden zu machen. Das ist ein historischer Wert und damit leisten wir einen ganz wichtigen und entscheidenden Beitrag in Bezug auf die Generationen, die nach uns kommen. Der aktuelle Haushaltsbeschluss 2018 kann also zurecht unter das Motto „Generationengerechtigkeit trotz gesteigerter Investitionen“ gestellt werden.

Mit gut 38,5 Mrd. Euro steigen die Verteidigungsausgaben gegenüber dem vergangenen Jahr um rund 1,6 Mrd. Euro. Wir konnten uns mit starken Argumenten im Sinne unserer Truppe in den parlamentarischen Beratungen gegenüber dem Finanzminister durchsetzen und damit wurden für die Ausrüstung, Versorgung



und Ausbildung unserer Soldatinnen und Soldaten insgesamt 43 Mio. Euro bewilligt, darunter 17 Millionen Euro für die Beschaffung zusätzlicher Nachtsichtbrillen. Als Reaktion auf die weiterhin hohe Bedrohungslage im Cyberraum ste-

hen nun 13 Millionen Euro zusätzlich zur Beschaffung von IT-Ausstattungen bereit. Auch die Mittel im Auswärtigen Amt für humanitäre Hilfe und Krisenprävention werden um 300 Millionen Euro auf 1,82 Mrd. Euro erhöht, um die Krisen dort zu lösen, wo sie entstehen. Damit wollen wir die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen und möglichst erreichen, dass sich die Anzahl der Flüchtlinge, die nach Europa kommt, weiter verringert. Wenn die Menschen in ihrer Heimat eine echte Perspektive haben, dann besteht auch hoffentlich nicht mehr die Notwendigkeit, dass sie sich auf den beschwerlichen Weg nach Europa machen müssen.

Damit sind wir auch schon bei dem Thema, das uns seit Wochen umtreibt und nun letztendlich einen guten Ausgang gefunden hat: Die Einigung in der Asylfrage und die damit verbundene Auseinandersetzung zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU. Glauben Sie mir, liebe Leser, ich habe intensiv mitgelitten bei dem Thema, denn es war mitunter fünf vor Zwölf, wenn nicht gar schon etwas später.

Stein des Anstoßes war dabei ein einziger Punkt in dem sogenannten Masterplan des Innenministers Horst Seehofer (CSU). Dabei ging es um die umgehende Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze, die bereits in einem anderen Land registriert sind, und das sind zumeist die Länder, die südlich von Deutschland liegen. Das wäre



Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040
Telefax: 030 227-76411
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

www.strenz.de



Brief aus Berlin (13)

5. Juli 2018

Themen: Haushaltsabschlussberatung, Einigung in der Asylfrage

eine Initiative gewesen, die wir national durchgeführt hätten, ohne Rücksicht auf die anderen Länder, die entlang der Flüchtlingsrouten liegen. Diese hätten dann ihrerseits wieder an ihren Grenzen Flüchtlinge abgewiesen und ein unausweichlicher Dominoeffekt hätte weitreichende Folgen für ganz Europa nach sich gezogen.

Es ist gut, dass wir nun, nach zähen und intensiven Verhandlungen, letztendlich in dieser Woche einen gangbaren und stabilen Kompromiss, auch mit der SPD, in dieser Frage aushandeln konnten. So vereinbarten wir an der deutsch-österreichischen Grenze einen neuen Mechanis-



mus, der sicherstellt, dass wir Asylbewerber, für deren Asylverfahren andere EU-Länder zuständig sind, an der Einreise hindern. Die Rückführung erfolgt binnen 48 Stunden. Dafür werden wir nicht unabgestimmt handeln, sondern mit den betroffenen Ländern Verwaltungsabkommen abschließen. Nationale Alleingänge helfen hier niemandem. In den Fällen, in denen sich

Länder Verwaltungsabkommen verweigern sollten, findet die Zurückweisung an der deutsch-österreichischen Grenze auf Grundlage einer Vereinbarung mit der Republik Österreich statt. Das zeigt einmal mehr, dass es eine einfache Lösung, die diese Lage von Heute auf Morgen mit einem einfachen Fingerschnipsen lösen kann, wie sie zumeist der politische Gegner propagiert, nicht gibt. Das ist Augenwischerei, die Schlagworte „Grenzen dicht!“ funktionieren nicht, denn geschlossene Grenzen würden für alle gelten und das würde insbesondere jetzt in der Sommerreisezeit auch stundenlange Staus für Touristen bedeuten. Das kann niemand ernsthaft wollen. Die EU ist ein sensibles Konstrukt und das gilt es mit ganzer Kraft zu schützen. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir besonderen Wert auf FRONTEX zum Schutz unserer Außengrenzen legen. Nur wenn wir verhindern, dass illegale Einwanderung nach Europa möglich ist, dann können wir die Zuwanderung in geordnete und vor allem überschaubare Bahnen lenken. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir dabei die Bemühungen unserer Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, unterstützen, in einem gemeinsamen europäischen Kontext eine für alle Länder akzeptable Lösung zu verwirklichen. Das sind wir auch unseren Nachbarländern schuldig.

In diesem Sinne
Karin Strenz